

Antrag

Hannover, den 09.03.2021

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausbilden für die Zukunft: Jetzt überbetriebliche Ausbildung ausweiten!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

„Noch können wir eine verlorene Generation verhindern“ schreibt Jörg Dräger in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* (15.12.2020)¹. Er ist Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung für die Bereiche Bildung und Integration. Aber auch andere Expertinnen und Experten weisen auf die dramatische Situation der Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hin. Niedersachsen muss den jungen Menschen mehr Sicherheit und Perspektiven aufzeigen, dafür ist die Sicherung und Ausweitung von Ausbildungsplätzen in diesen schwierigen Zeiten ein bedeutender Baustein.

Andere Bundesländer, wie Bremen, gehen mit ihrem Konzept und Angebot für eine überbetriebliche Ausbildung voran. Denn es ist klar: Nach der Krise werden wir die Fachkräfte benötigen, die wir jetzt ausbilden müssen. Denn schon vor der Krise war Niedersachsen trauriges Schlusslicht der Flächenländer bei der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR), die Zahl der Ausbildungsplätze je 100 Bewerberinnen und Bewerber lag in Niedersachsen bei rund 90 (Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019). Das Problem hat sich mit der Corona-Pandemie nochmals verschärft.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf,

1. die Ausbildung von Jugendlichen zu fördern, indem die Ausbildungsprämie für zusätzliche 2 000 Ausbildungsplätze auf 600 Euro monatlich erhöht wird,
2. nach Vorbild des Bremer Modells die Etablierung von Ausbildungsgesellschaften für die überbetriebliche Ausbildung zeitnah finanziell zu fördern,
3. zur Verbesserung und Förderung der Ausbildungsmobilität landesweit ein unbegrenztes 365-Euro-Ticket, u. a. auch für Auszubildende, zeitnah einzuführen.

Begründung

Der Ausbildungsmarkt verschafft seit vielen Jahren nicht jeder und jedem Jugendlichen eine Lehrstelle. Von allen ausbildungsfähigen Betrieben bildet mittlerweile nur rund ein Fünftel der Unternehmen Jugendliche selbst aus. Die Corona-Pandemie verschlechtert die Lage für junge Erwachsene noch einmal erheblich. In 2020 verzeichnen IHK und Handwerk einen Rückgang von 13 % bei den Ausbildungsverträgen. Nicht alle Branchen haben gleiche Rückgänge zu verzeichnen. Aber gerade Berufszweige wie der Handel, die Gastronomie und der Tourismus, die bislang überdurchschnittlich ausbildeten, leiden besonders unter der Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen. So verzeichnen Hotel- und Gaststättengewerbe einen Rückgang von rund 30 % an Ausbildungsverträgen im Vergleich zum Jahr 2019. Erschwerend kommt hinzu, dass bei jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren mit Hauptschulabschluss im Jahr 2020 ein Drittel keinen Beruf erlernt hat.

Diese Zahlen zeigen das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung ist in der Krise, und das nicht erst seit Corona, Corona verstärkt diese nur. Niedersachsen ist bei der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) schon lange Schlusslicht unter den Flächenländern. Der mit dem zweiten Nachtragshaushalt ins Leben gerufene Aktionsplan Ausbildung greift die Probleme der dualen Ausbildung in Niedersachsen dabei nur halbherzig auf. Er ist weder nachhaltig, noch wird er die Situation der bis heute nicht ver-

¹ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/berufseinstieg-in-der-coronakrise-noch-koennen-wir-eine-verlorene-generation-corona-verhindern/26721302.html>

sorgen und der mit Beginn des neuen Ausbildungsjahrs ausbildungswilligen jungen Menschen ändern. Deutlich besser wäre ein Angebot einer trägergestützten überbetrieblichen Ausbildung und eine enge Zusammenarbeit mit Betrieben, um schnell in die betriebliche Ausbildung zu überführen. Das Land Bremen macht vor, wie so etwas geht. Darüber hinaus ist eine Ausbildungsprämie, insbesondere für kleinere Betriebe, nur attraktiv, wenn sie eine gewisse Höhe erreicht. Vornehmlich kleine Betriebe wünschen sich außerdem eine stärkere Unterstützung bei der Gewinnung von Auszubildenden und deren Betreuung.

Als Flächenland muss sich das Land Niedersachsen auch um eine höhere Ausbildungsmobilität bemühen. Wie im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/2576 gefordert, sind ein 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler, FSJ- und FÖJ-lerinnen und FSJ- und FÖJ-ler und Auszubildende sowie weitere Maßnahmen zur Verbesserung einer umweltschonenden Mobilität für junge Menschen von enormer Wichtigkeit. Das 365-Euro-Ticket wird dringend gebraucht, doch leider hat die Landesregierung die Prüfung ausgesetzt. Jetzt Auszubildenden, die eine Ausbildung fern des Wohnortes machen, einmalig einen Zuschuss zu gewähren, ist weder nachhaltig noch zielführend. Gerade die oft bestehenden Mobilitätsprobleme junger Menschen wären mit einem 365-Euro-Ticket für alle besser gelöst.

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer